

Sicherungsverwahrung: Bayern verbessert Knast-Alltag

Verfassungsgericht hatte auf deutlichen Unterschied zur Straftaft gepocht — Rechtsexperte kritisiert dennoch viele Einschränkungen

VON GUDRUN BAYER

Für die Sicherungsverwahrung in Bayern gelten ab sofort neue Regeln. Damit hat der Freistaat auf die Kritik hoher Gerichte reagiert, wonach die Verwahrung einer Straftaft zu ähnlich ist. Experten kritisieren jedoch die vielen Einschränkungen der Vorschriften.

MÜNCHEN – Größere Zellen mit persönlichen Möbeln, eigene Kleidung, mindestens zehn Stunden Besuch im Monat, mindestens ein Telefonat pro Woche, mehr Einkaufsmöglichkeiten, ein höheres Taschengeld, die Erlaubnis, das Essen selbst zu kochen und vor allem mehr Anrecht auf Therapie: Bayern hat neue Vorschriften für den Vollzug der Sicherungsverwahrung erlassen. Diese Verwaltungsvorschriften konkretisieren das Strafvollzugsgesetz.

Drastischer Anstieg

Mehr als 100 Kriminelle sind derzeit im Freistaat in der Sicherungsverwahrung untergebracht. Ihre Strafe haben sie längst hinter sich gebracht. Aber sie gelten als so gefährlich, dass sie eingesperrt bleiben. Die meisten sitzen in der JVA Straubing. Ihre Zahl wird in den nächsten Jahren drastisch ansteigen. Denn viele Betroffene, bei denen aufgrund der Gesetzesverschärfungen bereits Sicherungsverwahrung angeordnet wurde, verbüßen momentan noch ihre Straftaft.

Die neuen Regelungen wurden nötig, weil sowohl dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als auch dem Bundesverfassungsgericht der Unterschied zwischen Straftaft und Verwahrung in deutschen Gefängnissen zu gering ist.



Gefängnisalltag in einer bayerischen Justizvollzugsanstalt: Das Bundesverfassungsgericht hat nachdrücklich gefordert, dass eine Zelle eines Sicherungsverwahrten anders ausgestattet sein muss als ein normaler Haftraum (Bild). Foto: dpa

Sicherungsverwahrte brauchen demnach andere Lebensbedingungen, weil es bei ihnen nur darum geht, sie von neuen Straftaten abzuhalten.

Das Verfassungsgericht hat bereits im Jahr 2004 Änderungen gefordert und sich bei einer Verhandlung im Februar verärgert darüber gezeigt, wie wenig seine Vorgaben umgesetzt wurden. Der EGMR hat die Situation bei einer bestimmten Gruppe Ver-

wahrter sogar als menschenrechtswidrig eingestuft. Ein Urteil, von dem die Klärung der Gesamtsituation erhofft wird, verkündet das Verfassungsgericht am 4. Mai.

Rechte einklagbar?

Bayern hat jetzt auf die vielfache Schelte reagiert. „Mir stecken in diesen Vorschriften zu viele Einschränkungen“, erklärt allerdings Jörg Kin-

zig, Strafrechts-Professor an der Uni Tübingen. Kinzig ist einer der Experten, die sowohl den Bundestag beim Thema Sicherungsverwahrung beraten, als auch an der Verhandlung des Verfassungsgerichts im Februar beteiligt waren.

Kinzig meint, dass die neuen bayerischen Regeln den Sicherungsverwahrten durchaus Verbesserungen bringen können. Er kritisiert aber, dass sie

nicht als Gesetz, sondern als Verwaltungsvorschriften gestaltet wurden. „Warum man das so geregelt hat, weiß ich nicht. Aber ich glaube, dass das ein Problem bei der Einklagbarkeit schafft.“ Er stört sich außerdem an Formulierungen wie „soweit bauliche oder personelle Belange nicht entgegenstehen“ oder „vorbehaltlich den baulichen Gegebenheiten“, die etwa im Zusammenhang mit Besuchen, Telefonaten oder der Ausdehnung des Aufenthalts im Hof zu finden sind.

In diese Richtung geht auch die Kritik von Christine Stahl. Die rechtspolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion findet die Neuausgestaltung der Verwahrung zwar „allein schon aus Sicherheitsaspekten dringend geboten, denn nur therapierte und resozialisierte ehemalige Straftäter werden dem berechtigten Schutzinteresse der Bevölkerung gerecht“. Doch sie fügt an: „Die Reform steht und fällt mit einer ordentlichen personellen und finanziellen Ausstattung. Diese ist in Bayern nicht erkennbar.“

Kampf um mehr Stellen

Justizministerin Beate Merk (CSU) hat immerhin den Neubau eines separaten Gebäudes für Sicherungsverwahrte auf dem Gelände der JVA Straubing angekündigt. Es soll 18 bis 20 Millionen kosten. Zwölf Millionen sind bereits im gerade verabschiedeten Haushalt eingestellt. „Sie gewährleisten, dass Planung und Bau schnellstmöglich beginnen können“, sagte Merk. Sie räumt jedoch ein, dass „der Justiz eine generelle Personalverstärkung guttäte“. Um 400 neue Stellen will sie in den nächsten Jahren kämpfen.

Linke: Bayern ruft die Bundespartei an

Landesschiedskommission hatte Wahlergebnisse annulliert

MÜNCHEN – Der Landesvorstand der bayerischen Linken will gegen die Annullierung der Ergebnisse des Landesschiedstages vom Dezember 2010 durch die parteieigene Landesschiedskommission vorgehen.

Der Landesvorstand habe mehrheitlich eine Anfechtung der Entscheidung vor der Bundesschiedskommission beschlossen, teilte eine Sprecherin mit. Man halte die Entscheidung der Schiedskommission für falsch.

Diese hatte die Wahlergebnisse des Landesschiedstages im schwäbischen Asbach-Bäumenheim für ungültig erklärt, da mehr Stimmen als anwesende Teilnehmer gezählt worden waren. Mehrere Kreisverbände hatten daraufhin die Landesschiedskommission angerufen. Bis zu einer endgültigen Entscheidung durch das oberste Gremium betrachtet der Landesvorstand indes die Wahl für gültig. dpa

Freie Wähler: Staat soll Lokalfernsehen fördern

Oppositions-Fraktion setzt sich für Millionensubvention ein

REGENSBURG – Die Freien Wähler machen sich für den Erhalt aller 16 Lokalfernsehsender in Bayern stark.

Jeder Sender müsse einen eigenen Satellitenkanal bekommen, um das Programm ausweiten zu können, forderte FW-Fraktionschef Hubert Aiwanger zum Ende der Frühjahrsklausur seiner Fraktion in Regensburg. Die von Aiwanger genannten Kosten von jährlich rund 20 Millionen Euro für Satellitenkanal und Programmzuschüsse müsse die Staatskasse aufbringen. Aiwanger kritisierte die zögerliche Haltung der Staatsregierung zum Bestandsschutz der lokalen Fernsehsender.

Die 16 lokalen Fernsehangebote stehen vor einer Neustrukturierung. Nachdem 2007 bereits der sogenannte Kabelgroschen ausgelaufen ist, gibt es die aktuelle Förderung nur bis Ende 2012. Noch fließen pro Jahr insgesamt rund 13,5 Millionen Euro Fördergeld vom Land und der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) an die Lokalsender. dpa

Franken-Sachsen-Bahn bleibt Flickwerk

Oberbürgermeister der betroffenen Kommunen kämpfen für durchgängige Elektrifizierung

VON MANFRED PRÄCKLEIN (dpa)

Die ICE-Züge auf der Franken-Sachsen-Magistrale sind Geschichte, die laufende Elektrifizierung zwischen Reichenbach und Hof ist nur ein erster Schritt. Franken und Sachsen kämpfen weiter für den vollständigen Lückenschluss im elektrischen Schienennetz der Bahn.

HOF/REICHENBACH – Vor zehn Jahren schien ein vordringliches Ziel des sächsisch-bayerischen Städtetages erreicht. Mit dem eigens für die Franken-Sachsen-Magistrale gebauten Diesel-ICE mit Neigetechnik wurden die Städte Bayreuth, Hof, Plauen, Zwickau und Chemnitz 2001 endlich an das Fernverkehrsnetz angeschlossen. Doch der Jubel wich schnell der Ernüchterung. Nach einer Serie von Pleiten, Pech und Pannen zog die Deutsche Bahn die ICE TD-Züge nach nur zwei Jahren wieder aus dem Verkehr. Seither zählt eine bessere und schnellere Schienenverbindung wieder zu den wichtigsten Forderungen – nicht nur der fünf Kommunen.

Eine durchgehende Elektrifizierung der Strecke ist aus der Sicht der Oberbürgermeister unabhängige Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen, wirtschaftlichen und ökologischen Betrieb im Fernverkehr wie im Güterverkehr. Ziel ist eine Fahrzeit von weniger als vier Stunden auf der 390 Kilometer langen Strecke zwischen Nürnberg und Dresden. Das ist auf der kurvenreichen Strecke durch das Vogtland, das Fichtelgebirge und die Fränkische Schweiz aber nur mit Neigetechnikzügen und weiteren Ausbaumaßnahmen zu erreichen.

Bislang hängt lediglich zwischen Dresden und Reichenbach ein Fahrdrat über den Schienen. Die derzeit laufende Elektrifizierung des 73 Kilometer langen Abschnitts ist deshalb auch nur ein erster Schritt. Das Städtetagepocht wie der Verkehrsverband Nordostbayern, ein Zusammenschluss

aus Kommunalpolitikern und Unternehmern, auf die schnelle Weiterführung der Elektrifizierung über Marktredwitz nach Nürnberg und Regensburg.

Die Strecke Hof-Nürnberg ist zwar nach Angaben des Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn für Bayern, Klaus-Dieter Josel, ebenso wie die Linie Marktredwitz-Eger im Bundesverkehrswegeplan als vordringlicher Bedarf eingestuft. Die Finanzierung steht aber noch in den Sternen. Die Kosten für den 167 Kilometer langen Abschnitt Hof-Nürnberg mit zahlreichen Tunneln werden auf knapp eine

aus Südwestsachsen und Nordbayern im weiten Bogen die Messestadt umfahren, bis sie aus nördlicher Richtung den alten Kopfbahnhof der Messestadt erreichen. Ab Dezember 2013 können Züge aus Hof, Plauen, Reichenbach und Zwickau auf direktem Weg von Süden in den Leipziger Hauptbahnhof einfahren.

Jan Mücke, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, rechnet mit einem Fahrzeitgewinn um 15 bis 20 Minuten. Allerdings müssen Reisende aus dem Norden und Osten Bayerns dann in Hof umsteigen. Bis zum kompletten



Züge aus Richtung Dresden kommen in Nürnberg immer wieder mit großer Verspätung an. An der Strecke gibt es viel zu optimieren. Foto: dpa

halbe Milliarde Euro geschätzt. Die 120 Millionen Euro für die Oberleitung zwischen Reichenbach und Hof stammen größtenteils aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung. Mit der Maßnahme wurde im Sommer 2010 am Göltzschtal-Viadukt begonnen, der größten Ziegelbrücke der Welt. Mittlerweile sind die Arbeiten auch auf bayerischer Seite angelaufen. Insgesamt müssen rund 3000 Oberleitungsmasten gesetzt werden.

Das Projekt ist eng verknüpft mit dem 1438 Meter langen Leipziger Citytunnel, der nur mit elektrischen Lokomotiven oder Treibwagen befahren werden darf. Bislang müssen Züge

Lückenschluss im elektrischen Netz der Bahn wird der Franken-Sachsen-Express zwischen Hof und Dresden weiter mit dieselbetriebenen Neigetechnikzügen betrieben werden müssen, um die Fahrzeit von derzeit vier Stunden und 15 Minuten einhalten zu können.

Eine Rückkehr zum Fernverkehr auf der Strecke Nürnberg-Dresden ist nach Ansicht von Felix Reichstein vom Verkehrsverband Nordostbayern derzeit nicht absehbar. Er geht sogar davon aus, dass die Strecke Hof-Regensburg früher elektrifiziert wird als der Südtel der Franken-Sachsen-Magistrale.

Senior vom eigenen Traktor überrollt

73-Jähriger zog sich bei Arbeiten im Wald schwere Verletzungen zu

NAILA – Ein 73 Jahre alter Rentner ist bei einem Unfall vermutlich durch eigenes Verschulden lebensgefährlich verletzt worden.

Der Mann aus dem Landkreis Hof war in seinem Wald in der Nähe von Naila bei Marlesreuth mit Holzarbeiten beschäftigt, wie die Polizei in Bayreuth berichtete. Dabei wurde er vermutlich von seinem eigenen Traktor überrollt und verletzt. Die genauen Umstände des Unfalls müssen erst noch ermittelt werden.

Trotz der Verletzungen konnte der Rentner den Traktor noch selbst zu einem 500 Meter entfernten Wohnhaus steuern. Dort rief er zwar noch um Hilfe, verlor dann aber das Bewusstsein. Ein Rettungshubschrauber brachte den 73-Jährigen in eine Klinik. Die Kriminalpolizei in Hof hat inzwischen die Ermittlungen aufgenommen. dpa

Richter gegen „Ausguckverfahren“

Stellenbesetzung bei Richtern und Generalstaatsanwälten umstritten

NÜRNBERG – Der Bayerische Richterbund fordert eine grundlegende Reform des Besetzungsverfahrens von Generalstaatsanwaltschaften und höchster Richterämter.

Politisch motivierte Beförderungsentscheidungen und Postenhandel seien grundgesetzlich ausgeschlossen, diesen Anforderungen halte das derzeit praktizierte Verfahren aber nicht stand, teilte der Richterverein mit.

Dem auf Grundlage des Koalitionsvertrags von CSU und FDP eingeführte Koalitionsausschuss zur Besetzung der Stellen fehle es an der demokratischen Legitimation, das praktizierte Verfahren sei ein „intransparentes Ausguckverfahren“, sagte der Vorsitzende des Bayerischen Richtervereins, Walter Groß. Zuletzt hatte das politische Tauziehen um die Nachfolge des Nürnberger Generalstaatsanwalts Klaus Hubmann für Irritationen gesorgt (wir berichteten). Groß forderte eine Reform im Rahmen einer Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften. dpa